

Interpellation Helbling-Rapperswil-Jona:**«Leerkündigungen nehmen auch im Kanton St.Gallen zu: Welche Schutzmassnahmen ergreift der Kanton St.Gallen?»**

Leerkündigungen, die vollständige Entmietung ganzer Wohnhäuser zwecks Sanierung oder Ersatzneubau, nehmen schweizweit zu. Laut einer Analyse der Zürcher Kantonalbank werden jährlich über 2'000 Mehrfamilienhäuser leergekündigt, was rund 30'000 Personen betrifft. Auch der Raum St.Gallen gehört zu den betroffenen Regionen, immer wieder sind auch hier Mieter*innen von Leerkündigungen betroffen. Gleichzeitig existiert im Kanton St.Gallen weder eine Datengrundlage zu Leerkündigungen noch ein Monitoring. Angesichts tiefer Leerwohnungsziffern und steigender Mieten ist unklar, welche sozialen und ökonomischen Auswirkungen Leerkündigungen im Kanton haben und wie Gemeinden gemeinsam mit dem Kanton reagieren können. Die Zürcher Wohnschutz-Initiative zeigt mögliche Instrumente auf, die Gemeinden einsetzen könnten, etwa Bewilligungspflichten für Abbrüche und Umbauten, zeitlich befristete Mietzinsbegrenzungen oder Einschränkungen der Umwandlung in Stockwerkeigentum. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie der Kanton St.Gallen mit dieser Problematik umgehen will.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Verfügt die Regierung über Zahlen zu Leerkündigungen im Kanton St.Gallen oder plant sie, solche systematisch zu erheben?
2. Sind der Regierung Gemeinden bekannt, die Leerkündigungen erfassen? Falls ja: Ist die Regierung bereit, diese Daten kantonal zu bündeln?
3. Hält es die Regierung für notwendig, ein kantonales Monitoring zu Leerkündigungen einzuführen?
4. Wie beurteilt die Regierung die sozioökonomischen Auswirkungen von Leerkündigungen auf Gemeinden mit tiefer Leerwohnungsziffer?
5. Ist die Regierung bereit zu prüfen, ob Gemeinden Bewilligungspflicht für Abbrüche und Umbauten, befristete Mietzinsbegrenzungen oder Einschränkungen bei der Umwandlung in Stockwerkeigentum einführen könnten?
6. Welche weiteren konkreten Massnahmen sieht die Regierung, um bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und Leerkündigungen entgegenzuwirken?»

3. März 2026

Helbling-Rapperswil-Jona